

## Antrag

der **Fraktion DIE LINKE**

**Thema: Arbeitsmarktpolitische Schutzinstrumentarien im Vorfeld der Herstellung der Freizügigkeit von Arbeitnehmern aus den neuen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union**

Der Landtag möge beschließen:

Die Staatsregierung wird ersucht, über ihre Vorbereitungen auf die Herstellung der unbeschränkten Arbeitnehmerfreizügigkeit für die zum 1. Mai 2004 der Europäischen Union beigetretenen mittel- und osteuropäischen Staaten zu berichten und dabei darzustellen,

1. welche Schlussfolgerungen sie aus der am 30. April 2009 im Bundesanzeiger bekannt gemachten Mitteilung der Bundesregierung über die weitere Inanspruchnahme von Übergangsbestimmungen hinsichtlich der Einschränkung der Arbeitnehmerfreizügigkeit gezogen hat,
2. welche konkreten Schritte sie unternommen hat, um den Arbeitsmarkt im Freistaat Sachsen auf die mit dem Auslaufen der dritten Phase der Übergangsregelungen zur Beschränkung der Arbeitnehmerfreizügigkeit zum 1. Mai 2011 im Zusammenhang stehenden veränderten Rahmenbedingungen vorzubereiten und
3. welche länderübergreifenden Maßnahmen sie diesbezüglich in Abstimmung mit den Partnerregionen des Freistaates Sachsen in Polen und Tschechien ergriffen hat.

### **Begründung:**

Die Fraktion DIE LINKE unterstützt mit Nachdruck den Prozess der weiteren Integration der zum 1. Mai 2004 der Europäischen Union beigetretenen Staaten.

Dazu gehört selbstverständlich auch die Umsetzung des im Gemeinschaftsrecht verankerten EU-Grundrechtes auf die freie Wahl eines Arbeitsplatzes innerhalb der Europäischen Union auch für die Bürgerinnen und Bürger in den beigetretenen mittel- und osteuropäischen Staaten.

Nach dem die Bundesrepublik Deutschland von der maximal möglichen zeitlichen Aussetzungsfrist der EU-weit garantierten Arbeitnehmerfreizügigkeit hinsichtlich der neuen Beitrittsstaaten Gebrauch gemacht hat, ist es an der Zeit, den Vorbereitungsstand der Staatsregierung in Bezug auf den sächsischen Arbeitsmarkt zu hinterfragen.

Dabei geht es insbesondere um die Sicherstellung von wirtschafts-, arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Rahmenbedingungen, um Erodierungstendenzen von Sozialstandards wirkungsvoll entgegenzutreten.

Dr. André Hahn  
Fraktionsvorsitzender

Dresden, den . September 2009

Eingegangen am: \_\_\_\_\_

Ausgegeben am: \_\_\_\_\_